



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2024/07320**
Datum: 05.06.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Scholtyssek,
Andreas

Beratungsfolge	Termin	Status
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11 - 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung für den Zeitraum ab 01.04.2024 und ab 01.05.2024

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe:

in Höhe von **218,760,00** ~~254.860,00~~ EUR,

auf die einzelnen ISEK-Teilräume nach Fördergegenstand (§§ 11, 13, 16 SGB VIII) gemäß Anlage A.

2. die Förderung bzw. Teilförderung der in Anlage B unter den laufenden Nummern **02 01** bis 04 aufgeführten Maßnahmen für das Jahr 2024.

Gez. Andreas Scholtyssek
Vorsitzender CDU-Fraktion

Begründung:

Die Falken - Kreisverband Halle (Saale) (Maßnahme mit der laufenden Nummern 01 Anlage B) wollen einen selbstverwalteten Jugendclub im ISEK-Teilraum ‚Innere Stadt‘ betreiben.

Auf diese Maßnahme sollte aus Gründen des Jugendschutzes und zur Einhaltung der Qualitätsstandards in der Jugendarbeit dringend verzichtet werden. Die freiwerdenden Mittel in der Höhe von 36.100 Euro sollten als Reserve für erfolgsversprechende Projekte im Bereich der Prävention von Jugendkriminalität genutzt werden.

Die Verlautbarungen des Kreisverbandes der Falken (insbesondere „Statement zum Fall der "Bullenspitzel" vom Frühjahr 2024) und das Bildmaterial, welches in den Social Media Auftritten der ‚Falken‘ ersichtlich ist, lassen starke Zweifel an der Eignung des Trägers für die verantwortungsvolle Position als Betreiber einer Jugendhilfeeinrichtung aufkommen.

In Anbetracht diverser Übergriffe auf Polizisten, insbesondere des tödlichen Übergriffes auf einen Polizeibeamten am ersten Juniwochenende in Mannheim, sehen wir die Markierung von Polizisten als „Gefahr“ und Gegner äußerst kritisch. Die Verwendung der Szene-Codes 1312 (ACAB - „All Cops Are Bastards“) zeugen von einer Nähe zu extremistischen Szenen, die diesen Slogan nutzen. Dafür spricht auch die aktive Werbung für Veranstaltungen zum Thema „Repression“ von Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden („Rote Hilfe“).

Die Falken kritisieren zudem, dass sich Opfer von Gewalt „nicht mehr an linksradikale Grundsätze gehalten“ hätten und „umfangreich mit der Polizei kooperierten“. Zu einer wichtigen Aufgabe der Jugendhilfe gehört es, die Prävention von Kriminalität zu unterstützen. Dies ist nur bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Polizei möglich. Aufforderungen an Opfer von Gewalt, aus ideologischen Gründen die Zusammenarbeit mit der Polizei zu verweigern sind hierbei kontraproduktiv. Gerade da momentan viele Akteure in der Stadt daran arbeiten, die Anzeigenbereitschaft von Kriminalitätsopfern zu verbessern. Viele Täter konnten in der Vergangenheit nicht dingfest gemacht werden, weil die Opfer aus Angst vor einer Zusammenarbeit mit der Polizei zurückschreckten. Die Falken postulieren auf ihrer Homepage und auf Instagram im „Statement zum Fall der "Bullenspitzel" vom Frühjahr 2024, in einem verschwörungstheoretischen, staats- und polizeifeindlichen Jargon:

„Maul halten!

*Mit der Polizei wird nicht gesprochen, geschweige denn kooperiert! Wir verurteilen es zutiefst, dass Personen aus der linken Szene gegen andere Personen aus dieser Szene ausgesagt haben. Wir verurteilen es zutiest [sic], dass sie dabei sogar selbst und unaufgefordert recherchiert und ausgesagt haben. Mit der Polizei zu kooperieren stellt nicht nur eine enorme Gefahr dar für die Strukturen und Personen, über die Informationen an die Polizei gegeben wurden. Auch für die Strukturen, in denen die Aussagenden aktiv sind und auch sie selbst müssen negative Folgen erwartet werden – ebenso wie eigentlich für die gesamte Szene. Die Polizei ist kein "Freund und Helfer", wie uns die bürgerliche Gesellschaft glauben machen will, sondern immer eine Gefahr für uns linke Personen und Projekte. Dass uns die Polizei helfen kann, ist ein Trugschluss, denn ihnen geht es nicht um den Schutz von queeren oder linken Menschen, sondern einzig und allein um den Schutz von Staat und Eigentum. Leider bedeutet das für uns in der Konsequenz: Wer mit der Polizei gesprochen hat und dabei Gefahr gelaufen ist, sich und andere zu verraten, dem*der kann nicht mehr vertraut werden.“*

Die Programme vergangener Sommerlager zeugen von einer zumindest einseitigen Ausrichtung der Jugendarbeit und lassen befürchten, dass dadurch nicht unbedingt das Vertrauen von Kindern und Jugendlichen in staatliche Institutionen gestärkt wird (Themen des Die Falken Sonderlagers vom August 2023: Workshops zu Sexarbeit, Polizeikritik, Staatskritik, Kampfsport sowie Arbeiterliederabend und „Antifa Disko“). Wer, im Sinne einer Ideologie des Klassenkampfes, den demokratischen Rechtsstaat als Feindbild sieht, sollte konsequenterweise nicht an staatlichen Fördermitteln partizipieren.